

6. Dezember 2006

## Presseerklärung der Bundesinitiative Gender Budgeting – BiGBudget

# Bundeshaushalt weiter geschlechtsblind. BiGBudget fordert die Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie Gender Budgeting – jetzt!

### **Für einen wirkungsorientierten Mitteleinsatz im Bundeshaushalt**

Als „doppelte Verschwendung von Steuergeldern“ bezeichnet Dr. Regina Frey, Sprecherin von BiGBudget, das Vorgehen der Bundesregierung. „Eine Studie teuer zu bezahlen, um sie dann in der Schublade verschwinden zu lassen, zeugt nicht gerade von effizientem Mitteleinsatz.“ so Frey. Darüber hinaus sei Gender Budgeting selbst eine Strategie für einen gleichstellungsorientierten, effizienten und transparenten Einsatz staatlicher Mittel. „Dieses Potenzial wird verschenkt, wenn die Empfehlungen der Studie ignoriert werden“. Deswegen fordert die neu gegründete Bundesinitiative Gender Budgeting (BiGBudget) die schnellstmögliche Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie und eine zügige Einführung von Gender Budgeting auf Bundesebene.

Finanzminister Peer Steinbrück hat sich noch am Montag, den 27. November auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung grundsätzlich positiv zur Einführung von Gender Budgeting ausgesprochen, da dies einen wirkungsorientierten Mitteleinsatz befördern könne. In vielen Ministerien ist eine Ziel- und Wirkungsorientierung bisher unüblich und teilweise sogar unmöglich, da die hierfür notwendigen Informationen nicht vorliegen. Gender Budgeting bietet hier eine Chance, die Verwaltungsmodernisierung voran zu bringen - über die Förderung des verfassungsrechtlichen Gleichstellungsauftrags hinaus.

Weltweit ist Gender Budgeting bereits in vielen Staaten Realität. Die Vereinten Nationen pochen auf eine gleichstellungsorientierte Haushaltsführung. Hierzulande setzt das Land Berlin Gender Budgeting um.

Der Bund bleibt bislang bei der Einführung eines geschlechtergerechten Staatshaushalts weit hinter anderen Staaten, wie z.B. Frankreich, Österreich und den skandinavischen Staaten zurück. Die Machbarkeitsstudie wurde von der rot-grünen Bundesregierung in Auftrag gegeben, um Wege aufzuzeigen, wie auf Bundesebene das Ziel eines geschlechtergerechten Haushalts erreicht werden kann. Die Studie liegt nun bereits seit März 2006 dem BMFSFJ vor, wurde bisher jedoch nicht veröffentlicht. Dies kann die Entwicklung von Gender Budgeting in der Bundesrepublik um Jahre verschieben. Die von den EU-Finanzministern im Rahmen der Ratspräsidentschaft Belgiens empfohlene Einführung von Gender Budgeting bis 2015 steht damit zur Disposition.

Gender Budgeting soll im Rahmen der kommenden EU-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik diskutiert werden. Bislang bleibt die Bundesrepublik den Nachweis eines eigenen nationalen Engagements in diesem Bereich schuldig und kann den europäischen Gender Budgeting Prozess daher nicht glaubwürdig voran bringen.

Dem Bundesministerium der Finanzen kommt beim Gender Budgeting eine zentrale fachliche und koordinierende Funktion zu. Letztendlich geht die Einführung von Gender Budgeting aber über den jährlichen Haushalt hinaus und betrifft zentrale politische Leitlinien der Regierungspolitik. Es ist daher die Aufgabe der Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen ihrer Richtlinienkompetenz auf die Einführung und Umsetzung von Gender Budgeting hinzuwirken.

## Kontakt

Die Bundesinitiative Gender Budgeting ist ein Zusammenschluss von engagierten Expertinnen und Experten, die sich für eine baldige Einführung von Gender Budgeting in den Bundeshaushalt einsetzen (siehe Anhang).

Sie finden die zentralen Forderungen zur Einführung und Umsetzung von Gender Budgeting und die Selbstdarstellung der Bundesinitiative Gender Budgeting im Anhang.

### **Fragen und Interviews:**

Bundesinitiative Gender Budgeting (BigBudget)

Email: [bigbudget@gender-budgets.de](mailto:bigbudget@gender-budgets.de)

Dr. Regina Frey

Telefon: 030-8179 77 77

Mobil: 0177-8179 777

[www.gender-budgeting.de](http://www.gender-budgeting.de)